

---



---

## Die Herausforderungen des Westens 1914-45

Rezension von: Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens, Die Zeit der Weltkriege 1914-1945*, Verlag C.H. Beck, München 2011, 1.350 Seiten, € 39,95.

---



---

Im Jahre 2000 präsentierte Heinrich August Winkler, damals Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, sein berühmtes zweibändiges Werk „Der lange Weg nach Westen“, eine problemorientierte deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Mittlerweile erschien dessen siebente Auflage (2010).

Zum Kernbestand des normativen Projekts des Westens gehören für Winkler die unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechte, die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung und die repräsentative Demokratie.

Ging es im „Langen Weg nach Westen“ um die Schwierigkeiten Deutschlands, sich die politische Kultur des Westens anzueignen, so griff Winkler im 2009 veröffentlichten ersten Band seines jüngsten *opus magnum* „Geschichte des Westens“ die im deutschen Kontext gestellten Fragen erneut auf und behandelte sie in einem weiteren Zusammenhang, untersuchte, wie in den anderen europäischen Ländern und in Nordamerika die Wege nach Westen verliefen. Wie kam das normative „Projekt des Westens“ überhaupt zustande? Welches sind seine historischen Wurzeln? Wie vollzog sich die „Verwestlichung des Westens“ im 19. Jahrhundert, nachdem das Projekt in der Aufklärung ausformuliert worden war?

Die Leitlinien von Winklers Darstellung im ersten Teil sind neben der Entstehung des westlichen Projekts im Abendland und der Ungleichzeitigkeit seiner Verwirklichung im 19. Jahrhundert die Widersprüche zwischen Projekt und Praxis, die sich immer wieder – in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung – auftaten und weiter auftun, sowie die Außenwirkungen des Projekts und die Wechselwirkungen zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen.

Winkler bietet im ersten Band keine umfassende Darstellung der Geschichte des Westens an, sondern eine Problem- und Diskursgeschichte, welche sich auf die oben angeführten Fragen konzentriert. Eine derartige Geschichte des Westens gab es vorher noch nicht.

### Die Entstehung des Westens

Nur im Westen war durch die Trennung erst von geistlicher und weltlicher (11./12. Jh.), dann von fürstlicher und ständischer Gewalt (ab dem 13. Jh.) der Grund gelegt worden für das, was wir Pluralismus und Zivilgesellschaft nennen. „Nur im Westen gab es den Rationalisierungsschub, der von der Rezeption des römischen Rechts ausging. Nur im Westen entstand ein städtisches Bürgertum, das wagemutige Kaufleute und Unternehmer in großer Zahl hervorbrachte. Nur im Westen konnte sich der Geist des Individualismus entfalten, der eine Bedingung allen weiteren Fortschritts war“ (Bd. 1, S. 93).

Der orthodoxe Osten Europas hatte keinen Anteil an den Emanzipationsprozessen im Westen von Humanismus und Renaissance über die Reformation bis zur Aufklärung – Prozesse,

für welche die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt die Voraussetzung bildete.

Die Geschichte des Abendlandes im Mittelalter und in der frühen Neuzeit war keineswegs eine Geschichte des ununterbrochenen Fortschritts in Richtung auf mehr Freiheit, sondern eine Abfolge von Fort- und Rückschritten, die in den einzelnen Regionen des Westens ungleichzeitig erfolgten.

In England, dem freiesten unter den größeren Ländern Europas, wurde die mittelalterliche Gewaltentrennung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt weiterentwickelt zur modernen Gewaltenteilung, jener zwischen gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt.

Mit den beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, war das Projekt des Westens im Wesentlichen ausformuliert. „Der Westen hatte einen Maßstab, an dem er sich messen konnte – und messen lassen musste“ (Bd. 1, S. 21). (Der Begriff „Westen“ im Sinne einer transatlantischen Einheit tauchte freilich erst Ende des 19. Jahrhunderts häufiger auf.)

### **Die Verwestlichung des Westens**

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts bestand zu einem erheblichen Teil aus Auseinandersetzungen um die Aneignung oder Verwerfung der Ideen von 1776 und 1789: Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, Volkssouveränität, repräsentative Demokratie.

Die wesentlichste Herausforderung für das Projekt des Westens bildete im Europa des 19. Jahrhunderts der Na-

tionalismus, der selbst in vieler Hinsicht ein Phänomen der westlichen Moderne war. Diese Herausforderung prägte auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidend mit. Die Ideologie des modernen Nationalismus erhob die Nation zur höchsten Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz und leitete daraus ihren Anspruch auf ein Loyalitätsmonopol ab. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr der Nationalismus einen Funktionswandel, der mit einer Änderung seiner Trägerschichten einherging: Aus einer Ideologie, mit der das aufstrebende Bürgertum die Kräfte der Beharrung bekämpft hatte, wurde ein Instrument der Rechten in der Auseinandersetzung mit der neu entstandenen marxistischen und internationalistischen Linken.

Im Deutschen Reich beschleunigte die innenpolitische Zäsur von 1878/79 den Wandel des Nationalismus, machte „aus einer ursprünglich liberalen bis linken Parole einen Schlachtruf der politischen Rechten“ (Bd. 1, S. 244). Vor 1871 war, wer sich „national“ nannte, „antifeudal“, sei es im liberalen oder im demokratischen Sinn, gewesen, war für die Emanzipation des Bürgertums oder der Arbeiter eingetreten. Den neuen, rechten Deutschnationalismus zeichneten die Loyalität zur Fürsteherrschaft, welche die Volkssouveränität negierte, Imperialismus, Sozialdarwinismus, Aggressivität gegenüber den inneren „Reichsfeinden“, Antisemitismus und Militarismus aus.

Der „integrale Nationalismus“, der um die Jahrhundertwende entstand, bereitete den deutschen „Ideen von 1914“ und dem italienischen Faschismus den Boden. Aus dem Ersten Weltkrieg erwachsen die totalitären Herausforderungen für das Projekt des

Westens: Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Kommunismus. Das „kurze 20. Jahrhundert“ (1914-89) stand im Banne dieser Konflikte.

Trotz aller Unterschiede zwischen den politischen Systemen registriert Winkler ein normatives Minimum, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Nationen des Westens auszeichnete: die Rechtsstaatlichkeit, welche unlösbar verknüpft war mit der Trennung zwischen gesetzgebender, exekutiver und rechtsprechender Gewalt.

### **Der Westen in der „Ausnahmezeit“ 1914-45**

Zunächst hatte der Autor beabsichtigt, mit einem zweiten Band vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart das Großprojekt zum Abschluss zu bringen. Doch die Fülle des Materials, einerseits über die Entwicklung der in die Defensive geratenen westlichen Demokratien, andererseits über die fundamentalen Herausforderungen des Westens durch Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, gab den Ausschlag dafür, die von zwei Weltkriegen und der weltweiten Wirtschaftskrise dazwischen geprägten „Ausnahmezeit“ von 1914 bis 1945 in einem eigenen Band zu behandeln und dem zweiten Teil des „kurzen 20. Jahrhunderts“ einen dritten Band zu widmen.

Ist der erste Band – wie erwähnt – vor allem eine Problem- und Diskursgeschichte mit dem Schwerpunkt auf politischen Ideen, so überwiegt im zweiten Teil die Politikgeschichte. Der Wirtschafts- und Sozialgeschichte kommt bei der Darlegung und Analyse der Zwischenkriegszeit ein wichtiger Stellenwert zu.

Im Vordergrund von Winklers Dar-

stellung der Herausforderungen des Westens im Zeitalter der Weltkriege steht die deutsche Geschichte. Der Autor begründet dies schon zu Beginn der Einleitung: „Die Rolle Deutschlands war zwischen 1914 und 1945 so zentral, daß man die Zeit der beiden Weltkriege geradezu als das deutsche Kapitel in der Geschichte des Westens bezeichnen kann“ (S. 11).

Ausführlich behandelt Winkler auch die beiden anderen wesentlichen Herde der Herausforderung für den Westen, deren Entstehung dem Nationalsozialismus zeitlich vorausging: die bolschewistische Diktatur in der Sowjetunion und das faschistische Regime in Italien. Beide stellten radikale, totalitäre Gegenentwürfe zum normativen Projekt des Westens dar, beide hatten eine starke Ausstrahlung auf ganz Europa und riefen jeweils massive Gegenreaktionen hervor.

Die westlichen Demokratien Europas gerieten aus diesen und anderen Gründen bereits in den 1920er-Jahren in die Defensive. Schon vor 1929 übernahmen in vielen der neu gegründeten Staaten Ost- und Südosteuropas autoritäre Regime die Macht. Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise gewann der Prozess der „autoritären Transformation“ noch an Sogkraft. Mitte der 1930er-Jahre gab es in Süd-, Südost- und Osteuropa nur noch zwei Länder mit einem demokratischen politischen System: Finnland und die Tschechoslowakei.

Abgesehen von diesen beiden Ausnahmefällen umfasste der Westen in Europa nur mehr die Länder Nordwest- und Nordeuropas sowie die Schweiz, alles Staaten, wo das normative Projekt des Westens tiefe Wurzeln geschlagen hatte und das politische Denken der Regierenden wie der Regier-

ten bestimmte. Allerdings zeigte sich 1940 in Frankreich, dass selbst ein Kernland des Westens infolge eines tiefen gesellschaftlich-politischen Traumas der autoritären Versuchung erliegen konnte.

Eingehend legt Winkler die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen dar, mit denen die großen angelsächsischen Länder Großbritannien und USA, aber auch die kleinen nord- und nordwesteuropäischen Länder je spezifisch (d. h. pfadabhängig) ihre demokratisch-kapitalistischen Systeme in Richtung Wohlfahrtsstaat weiterentwickelten, v. a., aber nicht nur als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und die totalitären Herausforderer. Mit diesen Reformen, in Schweden bspw. unter den ab 1932 regierenden Sozialdemokraten in Richtung einer Konsensdemokratie und eines steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaats („Volkshem“), erneuerten und festigten die betreffenden Länder ihr politisch-ökonomisches System.

### **Der Untergang der Weimarer Republik**

Hingegen überlebte die Weimarer Republik die Weltwirtschaftskrise nicht. Winkler führt das darauf zurück, dass die parlamentarische Demokratie in Deutschland noch keine festen Wurzeln geschlagen hatte, das Vertrauen in den neuen demokratischen Staat von Anfang an schwach war und rasch erodierte, und die alten Machteliten mit ihren antiwestlichen Ressentiments auch nach 1918 ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Positionen behielten.

Deutschland hatte Anteil gehabt an der europäischen Aufklärung und im 19. Jahrhundert einen Rechtsstaat her-

vorgebracht, der westlichen Maßstäben entsprach. Es war als Sozialstaat Ende des 19. Jahrhunderts ein Vorbild für andere geworden. Doch die Vorgeschichte der Weimarer Republik hatte auch andere Facetten. Vor allem die Folgenden waren für das geringe Vertrauen in den demokratischen Staat ausschlaggebend: Zum einen hing dieses mit der Geburt der Republik aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg zusammen, mit der erfolgreichen Propagierung der Dolchstoßlegende durch die extreme Rechte und dem Versäumnis der Revolutionsregierung, die wahren Zusammenhänge publik zu machen; zum anderen reichen die Gründe weit in die Geschichte zurück: „Wenn es eine Ursache ‚letzter Instanz‘ für den Zusammenbruch der ersten deutschen Demokratie gibt, liegt sie in der historischen Verschleppung der Freiheitsfrage im 19. Jahrhundert – oder, anders gewendet, in der Ungleichzeitigkeit der politischen Modernisierung Deutschlands: der frühen Demokratisierung des Wahlrechts und der späten Parlamentarisierung des Regierungssystems“ (S. 632).

Eine Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes stand nach dem November 1918 nie ernsthaft zur Debatte, weil die Revolutionsregierung die Lebensmittelversorgung nicht gefährden wollte. „Auch andere alten Eliten zogen Nutzen aus der politischen Zurückhaltung der neuen Regierung: Justiz, Universitäten und Gymnasien blieben von der Revolution nahezu unberührt. Daß es dort zahlreiche Gegner der Republik gab, wußte man auch schon 1918. Eine großangelegte politische ‚Säuberung‘ aber hätte das gesamte Bürgertum gegen den neuen Staat aufgebracht, was die Sozialdemokraten nicht wollen konnten. Die Eli-

ten des Kaiserreichs hatten folglich die Möglichkeit, von den gesellschaftlichen Grundlagen ihrer Macht mehr in die neue Zeit hinüberzuretten, als der Republik gut tat“ (S. 144). Der neue Staat war somit eine vom obrigkeitstaatlichen Erbe geprägte und damit vorbelastete Demokratie.

In den Kreisen der rechten und rechtsradikalen Eliten und weit darüber hinaus wirkten der extreme deutsche Kriegsnationalismus und die „Ideen von 1914“ fort. Diese u. a. im berühmten „Aufruf an die Kulturnationen“ vom Oktober 1914 propagierten Ideen „waren eine Absage an Liberalismus und Individualismus, an Demokratie und allgemeine Menschenrechte, kurz an die Werte des Westens. Deutsche Werte waren dagegen Pflicht, Ordnung und Gerechtigkeit, die nur durch einen starken Staat gewährleistet werden konnten“ (Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 332). Zu diesen Ideen gehörte auch die „Volksgemeinschaft“, welche die Klassenspaltung und mit ihr den marxistischen Internationalismus überwinden sollte.

Die parlamentarische Demokratie von Weimar war bereits gescheitert, als Brüning Ende März 1930 Kanzler wurde. Nach dem Zerbrechen der großen Koalition war der Übergang zum offenen Präsidialsystem nur noch eine Frage der Zeit. Brüning war der Exekutor einer Politik, deren Grundrichtung letztlich von Hindenburg und dessen Kamarilla bestimmt wurde. Was diese anstrebten, war ein autoritärer Staat.

Der Sturz Brünings Ende Mai 1932 war ein „tiefer historischer Einschnitt“ (S. 576), denn mit ihm endete die erste, gemäßigte, parlamentarisch tolerierte Phase des Präsidialregimes, und es begann eine zweite, autoritäre, offen antiparlamentarische Phase. Mit die-

sem Übergang spitzten Hindenburg und die alten preußischen Machteliten, die hinter ihm standen, die Staatskrise dramatisch zu und brachten Deutschland damit in eine Lage, die mit verfassungsmäßigen Mitteln kaum noch zu meistern war.

Hitler konnte in dieser Phase an beides gleichzeitig appellieren: „einmal an das verbreitete Ressentiment gegenüber der westlichen und damit ‚undeutschen‘ parlamentarischen Demokratie von 1919, die seit dem Herbst 1930 zu einer bloßen Attrappe geworden war, zum anderen an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften, durch das Präsidialkabinett Brüning aber weitgehend um seine Wirkung gebrachten politischen Teilhabeanspruch des Volkes in Gestalt des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Hitler wurde also zu einem Nutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung Deutschlands: der frühen Einführung eines demokratischen Wahlrechts und des späten Übergangs zu einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung“ (S. 562).

„Der Mythos des Reiches gewann während der deutschen Staatskrise in dem Maß an Strahlkraft, wie die Republik an Rückhalt verlor. Die Reichsidee diente aber auch der Rechtfertigung des deutschen Anspruches, etwas anderes und mehr zu sein als ein Nationalstaat im westlichen, durch die Ideen von 1789 geprägten Sinn“ (S. 614f). Die Nationalsozialisten konnten an der Reichsidee und an den Ideen von 1914 anknüpfen und sie für ihre Zwecke modifizieren und nutzbar machen. Ohne den Rückhalt bei den vor- und antidemokratischen Traditionen hätte Hitler Deutschland 1933 nicht seiner Herrschaft zu unterwerfen vermocht.

„Die Ernennung Hitlers zum Reichs-

kanzler war *nicht* der unausweichliche Ausgang der deutschen Staatskrise, die mit dem Bruch der Großen Koalition am 27. März 1930 begonnen und sich seit der Entlassung Brüning's am 30. Mai 1932 dramatisch zugespitzt hatte.“ (S. 631) Winkler führt aus, dass Hindenburg nach einem Misstrauensvotum des Reichstags Schleicher als Chef einer geschäftsführenden Regierung im Amt hätte halten oder durch einen nicht polarisierenden Technokraten hätte ersetzen können. Die neuerliche Auflösung des Reichstags innerhalb der 60-Tage-Frist war ihm nicht verwehrt, und der Aufschub der Neuwahlen bis in den Herbst 1933 war kaum weniger riskant als ein Jahr zuvor.

Druck auf den Reichspräsidenten übten nicht nur die Nationalsozialisten, die trotz der Niederlage in der Reichstagswahl vom 6.11.1932 noch stärkste Partei waren und die Straße beherrschten, sondern auch dessen Umgebung sowie die alten Eliten aus, insbesondere einflussreiche Kreise der vom Staat hoch subventionierten ostelbischen Großagrarien (Stichwort Osthilfeskandal) und der rechte Flügel der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

„Der 30. Januar war also weder ein zwangsläufiges Ergebnis der vorangegangenen politischen Entwicklung noch ein Zufall. Hitlers Massenrückhalt machte seine Ernennung möglich, aber erst durch den Willen Hindenburgs und des Milieus, das er verkörperte, wurde er Kanzler“ (S. 632).

### **Die größte Katastrophe**

Mit Hitler kam in Deutschland der Antisemitismus in seiner radikalsten Form an die Macht. Wenn Hitlers Politik ein

alles andere überragendes Ziel hatte, dann von Anfang an die „Entfernung“ der Juden aus Deutschland. Auf welche Art und Weise diese erfolgen sollte, das war lange Zeit unklar, und die diesbezüglichen Vorstellungen änderten sich häufig, je nach politisch-militärischer Lage. Die Angriffskriege gegen Polen und die Sowjetunion waren nicht nur Vernichtungskriege gegen deren Bevölkerung, sondern in ihrem Schatten wurde die Ermordung eines Großteils der europäischen Juden vollzogen. Aus der vergleichenden Analyse der Massenmorde der beiden totalitären Staaten Sowjetunion und Hitlerdeutschland geht das Spezifische der nationalsozialistischen Völkermorde hervor: erstens die Art und Weise, in der ein Teil der Massenmorde erfolgte, nämlich industriell organisiert in Vernichtungslagern, und zweitens die Tatsache, dass diese Verbrechen im Auftrag der Regierung einer Nation verübt wurden, die kulturell zum Westen gehörte und mit westlichen Maßstäben zu messen war.

Auch in jenen westlichen Ländern, in denen sich der demokratische Kapitalismus in der Beobachtungsperiode als widerstands-, trag- und anpassungsfähig erwies, verstieß die Politik immer wieder gegen die eigenen normativen Postulate. Ein besonders eklatanter Verstoß sind für Winkler die Flächenbombardements der alliierten Luftwaffen im Zweiten Weltkrieg gegen zivile Ziele, und scharf kritisiert er Roosevelt und Churchill dafür, dass sie Stalin Osteuropa überließen, womit sie die von ihnen selbst formulierte Atlantik-Charta vom August 1941 brachen, welche u. a. das Selbstbestimmungsrecht der Völker beinhaltete.

Was den Westen freilich auch auszeichnet, ist – projektimmanent – seine

Fähigkeit zur Selbstkritik, zur Korrektur seiner Praxis und zur Weiterentwicklung seines Projekts. Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Demokratie und eine entwickelte, pluralistische Zivilgesellschaft dienen ja nicht zuletzt dem Zweck, gravierende Fehlentwicklungen korrigieren zu können. Der Westen, so Winkler in der Einleitung des ersten Bandes, „kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umzugehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war“ (Bd. 1, S. 24).

Die wenigen westlichen Länder Europas, die ihre Unabhängigkeit auch in der Zeit der Hegemonie des nationalsozialistischen Deutschland bewahren konnten, überlebten letztlich nur mit der Hilfe der außereuropäischen Staaten des Westens – USA, Kanada, Australien, Neuseeland – und anderer britischer Dominions.

Winkler ist es souverän gelungen,

die Epoche der Weltkriege und der Großen Depression, über die unzählige Einzeldarstellungen vorliegen, unter dem Aspekt einer politischen Idee, nämlich des normativen Projekts des Westens, geordnet, zusammenhängend, anschaulich und umfassend darzustellen und zu analysieren. Aufgrund der klaren Gliederung und des umfangreichen Personen- und Ortsregisters kann das Buch auch sehr gut als Nachschlagewerk dienen.

Erneut erweist sich Winkler als herausragender historischer Schriftsteller. Trotz der Dramatik der Ereignisse bleibt sein Stil immer ruhig und unaufdringlich.

Der Rezensent freut sich auf den letzten Teil dieses außergewöhnlichen Werks transnationaler Geschichtsschreibung, in dem sich Winkler mit der Weiterentwicklung des Projekts des Westens, seiner territorialen Ausbreitung und den neuen Herausforderungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen wird.

Martin Mailberg

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen  
der Arbeiterkammer Wien“  
Reihe Band 17**

**75 Jahre „General Theory of Employment,  
Interest and Money“**

**Günther Chaloupek, Markus Marterbauer (Hrsg.)**

Harald Hagemann, The General Theory of Employment, Interest and Money nach 75 Jahren – eine historische Perspektive

Elisabeth Springler, Historische Perspektive zu 75 Jahre General Theorie: Von der Vergegenheit und zurück

Sheila C. Dow, Monetary policy and regulation of financial markets – a Keynesian view

Heike Joebges, Keynesian recommendations for monetary policy and financial market regulation

Philip Arestis, Fiscal Policy: Time for the Renaissance of Keynesianism

Till van Treeck, Comments on Philip Arestis: Fiscal policy: Time for the Renaissance of Keynesianism

Jürgen Kromphardt, Lohnhöhe und Beschäftigung 75 Jahre nach der „General Theory“

Stefan Ederer, Kommentar zum Beitrag von Jürgen Kromphardt

Ewald Walterskirchen, Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Paul Ramskogler, Die lange Frist bei Keynes

Gustav Horn, Die Krise des Euroraums aus keynesianischer Sicht

Ewald Nowotny, Sollen wir zu Keynes zurückkehren, und wenn ja, zu welchem?

Wien 2012, 176 Seiten, € 24,–.

Bestellungen bei:  
LexisNexis Verlag ARD Orac,  
A-1030 Wien, Marxergasse 25  
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,  
e-mail: [verlag@lexisnexus.at](mailto:verlag@lexisnexus.at)